



Digitalpolitik für Hessen

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Netzpolitik für Demokratie und Chancengleichheit

Die Digitalisierung betrifft grundlegende Fragen der zukünftigen Gestaltung von gesellschaftlichen Verhältnissen, von Arbeiten und Leben, von Ökonomie und Ökologie, von Staat und Gesellschaft.

Wo helfen uns exponentiell wachsende Datenmengen, die Welt besser zu verstehen und zu gestalten und ab wann und durch wen wird menschliches Handeln berechenbar, vorhersehbar und letztlich beliebig steuerbar?

Digitale Güter und deren Anwendung weisen grundlegende Unterschiede zu materiellen Gütern auf. Traditionelle ökonomische Gewissheiten gelten nicht mehr. Die Digitalisierung kann, bei entsprechender politischer Gestaltung, solidarische Ökonomie und die solidarische Nutzung gemeinsamer Güter befördern.

Digitalisierung stellt aber auch die grundsätzliche Frage nach der Zukunft des Politischen und der Demokratie, die letztlich alle Arbeits- und Lebensbereiche umfasst: Verfestigen sich postdemokratische Verhältnisse als Herrschaft von global agierenden Konzernen bzw. von privilegierten Expert*innen und Eliten?

Oder gestalten wir eine „Demokratie der Commons“, die die Arbeits- und Lebensbedingungen demokratisch durch die Mitglieder der jeweiligen Kooperationen, Gemeinwesen und der Gesellschaft aushandelt?

Eine LINKE Digitalpolitik fordert, dass der Staat nicht nur Zuschauer ist, sondern er die Rahmenbedingungen der Digitalisierung so setzt, dass alle Menschen, nicht nur die Konzerne, von der Entwicklung profitieren.

Inhalt

Netzpolitik für Demokratie und Chancengleichheit	2
1. Digitale Infrastruktur	4
Breitbandausbau	4
Mobilfunknetze	4
Freifunk und öffentliche WLAN-Netze	5
Netzneutralität	5
2. Digitalisierung und Innere Sicherheit	6
Videoüberwachung	6
Videoüberwachung 4.0	8
Staatstrojaner	8
3. Digitalisierung der Bildung	10
Schulen	10
Digitalisierung verändert die Wissenschaft	11
Lebenslanges digitales Lernen	12
Medienkompetenz & Medienprojekzentren	12
4. Digitalisierung und Umweltschutz	14
5. Digitalisierung und Arbeit	14
6. Gesundheit	18
7. E-Government	20
Verfügbarkeit und Zugang	20
Arbeitsplatzabbau und Leistungsabbau verhindern	20
Mitbestimmung sichern und ausbauen	21
8. Smart-City, Smart Dorf	22
9. BigData und Künstliche Intelligenz	24
10. Datenschutz	26

1. Digitale Infrastruktur

Breitbandausbau

Der Zugang zur digitalen Infrastruktur gehört für uns zur Daseinsvorsorge und hat damit einen ähnlichen Stellenwert wie die Versorgung mit Strom, Wasser, Telefon und Post. Jeder Haushalt muss deswegen die Möglichkeit einer kostengünstigen Anbindung an die Grundversorgung mit schnellem Internet haben.

Besonders im ländlichen Bereich Hessens liegt die Anbindung an ein leistungsfähiges Leitungsnetz für ein schnelles Internet deutlich hinter den Anforderungen einer modernen Digitalgesellschaft. Dieser Zustand ist nicht akzeptabel, erschwert die Entwicklung des ländlichen Raums und erschwert den Umstieg ins Homeoffice.

Ein Hauptproblem einer flächendeckenden Versorgung besteht darin, dass Telekommunikationskonzerne nicht dazu verpflichtet werden alle Haushalte einer Region mit Glasfaseranschlüssen zu versorgen. Deswegen wird nur dort ausgebaut wo Gewinne gemacht werden können. Die öffentliche Hand versucht mit Steuermitteln die unterversorgten Gebiete anzuschließen. Fachleute sprechen vom sog. „marktgetriebenen Ausbau“. DIE LINKE setzt dagegen das Konzept der Netz in öffentlicher Hand, als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir fordern,

- einen Rechtsanspruch auf einen bezahlbaren Anschluss an das Breitbandnetz,
- öffentliche Daseinsvorsorge in öffentliche Hand,
- eine Verpflichtung der Telekommunikationsanbieter zur Versorgung aller Einwohner*innen in einer Region

Mobilfunknetze

Wer kennt es nicht, in der Bahn oder im Auto, kaum ein Telefongespräch ohne Verbindungsabbruch – Funklochhopping. Dabei spielt Mobilfunk auch bei der Datenübertragung, mobilen Anwendungen und der Navigation eine immer stärkere Rolle.

Hessen hat noch viele weiße Flecken, insbesondere dort, wo wenig Menschen wohnen. Ähnlich wie beim Breitbandausbau will DIE LINKE hier die Konzerne stärker in die Verantwortung nehmen. Wer die Lizenz zum Netzbetrieb bekommt, muss auch die Verantwortung für einen flächendeckenden und dem Stand der Technik entsprechenden Ausbau übernehmen. Dabei könnte es helfen, wenn die Telekommunikationskonzerne verpflichtet werden, ihre Infrastruktur (Funkmasten etc.) auch den Mitbewerbern für die Signalübertragung zur Verfügung zu stellen. Dieses Roaming würde die Netzabdeckung sofort verbessern.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass

- weiße Flecken des Mobilfunknetzausbaus überall in Hessen verschwinden
- Versorgung durch verpflichtendes Roaming verbessert wird
- Die Up- und Downloadraten auch im Mobilfunk so ausgebaut werden, dass mobiles Arbeiten und Videokonferenzen möglich sind.

Freifunk und öffentliche WLAN-Netze

Unterwegs mal schnell etwas im Internet suchen oder die Nachrichten checken? Nicht alle Menschen können sich große Datenverträge leisten und zum Ende des Monats ist dann auch oft Schluss mit Internet.

An beliebten Plätzen, Ausflugsorten, der ÖPNV muss es die Möglichkeit geben, kostenlos WLAN nutzen zu können. Dies erhöht die Attraktivität der Orte und baut Barrieren ab. DIE LINKE fordert eine Verpflichtung in allen öffentlichen Einrichtungen, wie Schulen, Rathäusern, Schwimmbädern oder Bibliotheken, kostenfreien Internetzugang anzubieten.

Dort, wo das Land oder die Kommunen keine kostenlosen WLAN-Netze anbieten können, wollen wir Menschen ermutigen, selbst offene WLAN-Netze, sogenannten Freifunk, anzubieten.

Netzneutralität

Es wäre unvorstellbar, dass im Straßenverkehr für dicke SUVs andere Geschwindigkeitsgrenzen gelten sollen, als für Besitzer eines Kleinwagens. Daher setzten wir uns auch im Datenverkehr für die sogenannte „Netzneutralität“ ein. Dies bedeutet, dass es keine Vorfahrt für die Übertragung der Daten von Börsenhändler*innen oder Amazon gibt, sondern alle Datenpakete im Internet gleich schnell transportiert werden können. Überholspuren für besser bezahlende Nutzer*innen lehnen wird grundsätzlich ab.

Informationelle Selbstbestimmung und ein umfassender Daten- und Verbraucherschutz sind ebenso Grundlage unserer Netzpolitik wie die Ablehnung aller Versuche, Zensur- und Kontrollinfrastrukturen für das Netz zu schaffen. Die Netzneutralität ist Grundlage für den Erhalt eines freien und gleichen Zugangs zum Internet für alle Nutzer. Die Übertragung von Daten im Internet muss auch weiterhin auf der Gleichbehandlung aller Daten basieren.

2. Digitalisierung und Innere Sicherheit

Die Verfügbarkeit von immer mehr Daten, aus Handy, Autos, aus der Internetnutzung, SocialMedia und sog. Smart-Home-Geräten wecken immer mehr das Interesse der Sicherheitsbehörden. Was noch vor 20 Jahren als düsteres Bild eines Überwachungsstaates gezeichnet wurde, ist längst Realität. Es gibt kaum noch ein Lebensbereich, in dem wir keine Datenspuren hinterlassen und so wundert es auch nicht, wenn diese Daten zum Zielobjekt staatlichen Handelns werden.

Dabei definierte das Bundesverfassungsgericht bereits am 15. Dezember 1983 das Rech auf Informationelle Selbstbestimmung als ein wesentliches Grundrecht und forderte den Schutz der Bürger*innen gegen die unbegrenzte Verwendung, Speicherung, Erhebung und Weitergabe personenbezogenen Daten. Betroffene sähen sich einer unbeherrschten Datensammlung unter den Bedingungen moderner Informationstechnik ausgesetzt, was zu einer Gefährdung der freiheitlichen Grundordnung führt.

„Wenn es nicht möglich sei zu wissen oder zu beeinflussen, welche Informationen über einen selbst gespeichert, verwendet oder weitergegeben würden, würde der Einzelne sein Verhalten

entsprechend anpassen, um nicht durch abweichende Verhaltensweisen aufzufallen. Das würde jedoch zu einer Beeinträchtigung der individuellen Entfaltungschancen des Einzelnen führen und darüber hinaus auch das Gemeinwohl beeinträchtigen. Denn ein freiheitlich demokratisches Gemeinwesen zeichnet sich auch durch die Selbstbestimmung seiner Bürger aus.“ Diesem Leitsatz des BVerfG sieht sich DIE LINKE in ihrer Digitalpolitik bis heute verpflichtet.

Videoüberwachung

Kaum noch ein Raum, der nicht von Kameras erfasst wird. Verbunden wird mit der Überwachung privater und öffentlicher Räume oft der Wunsch nach mehr Sicherheit. Doch leider steigt nur die „gefühlte Sicherheit“. Es gibt bis heute keine belastbare Studie, die belegt, dass mit dem Einsatz von Videoüberwachung Täter*innen wirksam abgeschreckt werden, die Anzahl der Straftaten abnimmt oder schneller Hilfe vor Ort ist. Natürlich können aufgezeichnete Bilder helfen, Taten zu rekonstruieren und Täter*innen zu überführen. Aber diese haben sich längst angepasst und vorbereitet und lassen so die Überwachung ins Leere laufen. Leider sind die Kameras oft eben auch nur ein leeres Versprechen, denn hinter den vielen Monitoren sitzen keine Polizisten mehr um notfalls eingreifen zu können.



DIE LINKE im Hessischen Landtag fordert daher

- Keine Ausweitung der Videoüberwachung in Hessen
- Videoüberwachung nur dort, wo ein unmittelbares Eingreifen auch möglich ist.
- Alle Orte die Videoüberwacht sind, müssen klar gekennzeichnet sein und es muss die Möglichkeit bestehen, sich der Überwachung zu entziehen.
- Mehr Personal an „Angsträumen“, die ansprechbar sind und auch tatsächlich Hilfe leisten können.

Videoüberwachung 4.0

Neue technische Verfahren und die Nutzung sog. „Künstlicher Intelligenz“ eröffnen nochmal vollkommen neue Möglichkeiten. Anhand von atypischen Bewegungsmustern sollen Menschen identifiziert werden, noch bevor eine Straftat begangen wurde. Ein unerwartetes Stehenbleiben, ein Blick nach Hinten könnte ausreichen um als „verdächtig“ markiert zu werden und in den Fokus der Sicherheitsbehörden zu geraten.

Die Gesichtserkennung identifiziert die Person durch eine Abfrage beim Einwohnermeldeamt und HessenDATA analysiert im Hintergrund die Aktivitäten in den sozialen Netzwerken. Welche Freunde sind bekannt, was wissen wir von deren (kriminellen) Vergangenheit?

Wohnt die Person vielleicht gar nicht in der Stadt und hat diese Person Schulden?

Eine Untergangphantasie? Ein Blick nach China reicht um eines Besseren belehrt zu werden. Für DIE LINKE sind Freiheit und Sicherheit zwei Seiten der gleichen Medaille, denn Benjamin Franklin hatte recht: „Wer Freiheit für Sicherheit aufgibt, wird beides verlieren“.

DIE LINKE im Hessischen Landtag

- lehnt den Einsatz von HessenDATA grundsätzlich ab
- kämpft gegen automatisierte Bilderkennungsverfahren bei Videoüberwachung ein
- lehnt Techniken wie automatisierte Kennzeichenerfassung ab.

Staatstrojaner

Die Spyware Pegasus hat gezeigt, was möglich ist. Die Regierungen in über 150 Länder weltweit, darunter auch 12 EU-Länder haben die Spionagesoftware im Einsatz. Mit ihrer Hilfe lassen sich unbemerkt alle Kommunikationsinhalte eines Handys auslesen und weiterleiten und ohne sichtbares Signal Mikrofone, Kameras und Ortungsdienste einschalten; das Handy wird zur Superwanze im Hosentaschenformat um gezielt gegen Menschenrechtsaktivisten und Journalisten vorzugehen.

Auch wenn der Einsatz dieser Spyware in Deutschland noch nicht bestätigt ist, nutzen auch deutsche Sicherheitsbehörden sog. Staatstrojaner, um sich unbemerkt Zugriff auf Computer für sogenannte „Onlinedurchsuchungen“ und die „Quellentelekommunikationsüberwachung“ zu verschaffen.

Neben dem tiefgehenden Grundrechtseingriff durch die Maßnahme selbst, gefährden die „Staatstrojaner“ schon jetzt die Sicherheit aller, denn ihre Entwicklung nutzt bestehende Sicherheitslücken in Softwaresystemen. Anstatt diese an die Hersteller zu melden und umgehend Abhilfe zu schaffen, halten die Sicherheitsbehörden ihr Wissen exklusiv und nutzen diese Möglichkeit in Systeme einzudringen. Dass es sich hier um mehr als ein hypothetisches Problem handelt, zeigt eindrucksvoll der Fall „WannaCry“.

Der weltweite, bislang schwerwiegendste Angriff seiner Art basierte auf einer Sicherheitslücke, die dem US-Nachrichtendienst NSA bereits seit Jahren bekannt war. Sie hätte also schon längst geschlossen sein können – wäre sie nicht für den Zweck staatlicher Angriffe »gehörtet« worden.

Ransomware-Angriffe auf Krankenhäuser, die unmittelbar Auswirkungen auf die Abläufe in der Krankenversorgung und sogar auf lebenserhaltende Systeme haben können, zeigen die immensen Gefahren, die damit verbunden sind.

DIE LINKE fordert daher,

- Stopp von Onlinedurchsuchungen und Vorratsdatenspeicherung,
- Verzicht auf den Einsatz von Staatstrojanern,
- Stärkung der Cyberabwehrfähigkeit und ein aktives Informieren der Öffentlichkeit über bestehende Sicherheitslücken.



3. Digitalisierung der Bildung

Freier Zugang zu freiem Wissen bringt mehr Bildungsgerechtigkeit. Offene Bildung durch frei zugängliche Materialien, freie Lizenzen, Datenschutz und -sicherheit müssen verstärkt in den Fokus rücken. Offene Bildung ist Teilhabe und Mitbestimmung, durch Transparenz und gemeinschaftliches Lernen.

Schon vor der Coronakrise war das hessische Bildungssystem von maroden Schulen, Lehrermangel, Unterrichtsausfall, befristeten Lehraufträgen und einer unzureichenden Finanzierung der Weiterbildung gekennzeichnet. Der Trend zur Digitalisierung der Bildung war vollständig verschlafen worden, denn dort, wo es durch die Decke regnet, wo Personal und medienpädagogische Konzepte fehlen, machte das Aufstellen digitaler Endgeräte keinen Sinn.

Corona, mit Homeoffice und Distanzunterricht zwang den Bildungsbereich zu einem Paradigmenwechsel. Hastig wurden Schulen ans Breitbandnetz angeschlossen, digitale Endgeräte beschafft und Schulportale an den Start gebracht. Leider oftmals ohne durchgängiges Konzept, Warnungen der Datenschützer wurden nicht beachtet und die soziale Ungleichheit konnte an der Leistungsfähigkeit der Endgeräte abgelesen werden.

DIE LINKE im Hessischen Landtag hat immer wieder auf die Missstände hingewiesen, passiert ist wenig.

Schulen

Wenn die Schule den Auftrag „fürs Leben zu lernen“ ernst nimmt, muss dies auch für den Umgang mit digitalen Medien, neuer Technik und neuen Formen der Zusammenarbeit gelten.

Die digitale Infrastruktur (LAN und WLAN), die digitalen Endgeräte (Rechner, Tablets) und die erforderliche Software müssen dem Stand der Technik entsprechen. Dabei muss sich die eingesetzte Software an den Interessen den medienpädagogischen Konzepten orientieren, nicht an den Marketingstrategien und Profitinteressen der Hersteller. Soziale Ungleichheit verhindern: Für DIE LINKE im Hessischen Landtag ist klar, wenn Tablets und



Laptops Bestandteil des Unterrichts sind, müssen sie auch als Lernmittel kostenfrei für alle zur Verfügung gestellt werden. Nur so kann verhindert werden, dass die Einkommenssituation der Eltern über den Lernerfolg bestimmt, weil einige mit alten oder leistungsschwachen Geräten die Aufgaben bewältigen müssen, während andere über die besten Ressourcen verfügen.

DIE LINKE fordert für Hessen eine deutliche Ausweitung der medienpädagogischen Fortbildungen für Lehrkräfte. Digital gestützter Unterricht eröffnet neue Chancen, setzt aber auch umfangreiche methodische und didaktische Kenntnisse voraus. Ein erfolgreicher Umstieg kann nur gelingen, wenn der Unterricht auf gut vorbereitete und qualifiziertes pädagogisches Personal trifft.

Die personenbezogenen Daten von Schüler*innen und Lehrkräften, Daten zum Lernstand und Lernfortschritt, aber auch die Kommunikation zwischen den Beteiligten müssen vertraulich bleiben und dürfen Dritten nicht zugänglich gemacht werden. An dieser Selbstverständlichkeit ist die Hessische Landesregierung bisher gescheitert. DIE LINKE im Hessischen Landtag fordert ein Schulportal, das sicherstellt, dass Daten nicht von den großen Internetkonzernen abgegriffen und für eigene Zwecke missbraucht wird. Der Einsatz von Opensource-Techniken kann helfen, die Funktionsweise der Software transparent zu machen

und neue Funktionalitäten zu implementieren. Dabei kritisieren wir deutlich, dass mangelnde Kompetenz und Überforderung im Kultusministerium wiederholt zu einer Verlängerung der Nutzung von Videokonferenzsystemen geführt haben, die vom Hessischen Datenschutzbeauftragten als unzulässig abgelehnt wurde

Digitalisierung verändert die Wissenschaft

Die Digitalisierung hält in der Wissenschaft Einzug wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen – und beschränkt sich dabei nicht auf Hochleistungsrechner, Datenauswertungen und andere neue Instrumente, sondern ändert die Art und Weise, in der Wissenschaft betrieben wird, von der Lehre bis zur wissenschaftlichen Forschung.

Strukturen und Arbeitsbedingungen sind im Wandel: Wissenschaftliche Kollaboration und Publikation können ganz neue Wege gehen, die dem historisch gewachsenen Wissenschaftssystem Änderungen abverlangen. Ein Beispiel ist die Bewegung hin zu »Open Access« – wissenschaftliche Arbeiten frei zugänglich zu machen, statt sie über Verlage nur gegen Bezahlung freizugeben. Aus linker Perspektive muss die Frage tiefgehender gestellt werden: Wie kann der Übergang zu neuen Arbeitsweisen und Infrastrukturen begleitet werden, so dass sie möglichst aus der Selbstorganisation der Wissenschaft und nicht von kommerziellen Interessen getragen werden?

Auch die Arbeitsbedingungen in Forschung und Lehre werden durch die Digitalisierung geprägt – und gleichzeitig durch einen zunehmenden ökonomischen Druck und Abhängigkeit von privaten Finanzierungsquellen. Neben der Freiheit von Forschung und Lehre muss es, wie in anderen Bereichen auch, darum gehen, eine Vorstellung von guter Arbeit unter zukünftigen Bedingungen zu entwickeln und zu verteidigen.

Lebenslanges digitales Lernen

Es gibt viele Orte des Lernens und Lernen ist nicht nur auf Schule und Hochschule beschränkt. Dazu gehören die Angebote der Volkshochschulen und freien Träger, der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit, der Medienkompetenzzentren, der beruflichen Weiterbildung, aber auch die vielen Orte des „informellen Lernens“.

Obwohl alle diese Bildungsorte und -institutionen ihre eigenen Ziele und Inhalte haben, müssen sie jedoch auch die Digitalisierung als Querschnittsthema in den Fokus nehmen. Die Coronabeschränkungen haben sie gezwungen, neue Bildungsformate, wie e-learning und blended-Learning zu erproben.

Digitale Lernformate eröffnen gerade im ländlichen Bereich oder für Menschen mit Beeinträchtigung neue Chancen, da weite Wege wegfallen bzw. Barrieren abgebaut werden können.

Für DIE LINKE ist auch in diesem Bereich klar:

- Die Anbieter der außerschulischen Bildungsarbeit müssen technische so ausgestattet werden, dass sie ihrem Bildungsauftrag nachkommen können,
- die Anbieter brauchen ausreichende Ressourcen, dass sie neue medienpädagogische Konzepte entwickeln und evaluieren können,
- Teilnehmende an Weiterbildungsangeboten muss ein niedrigschwelliger und kostengünstiger Zugang zu Endgeräten ermöglicht werden.

Medienkompetenz & Medienprojektzentren

Neue Medien und die Digitalisierung der Kommunikation bringt neue Herausforderungen mit sich; beruflich, in der Bildung, aber auch privat. So selbstverständlich für viele der Umgang mit SocialMedia, Apps und Internetangeboten sind, gibt es viele Menschen, die Unterstützung brauchen.

Die sich schnell wandelnde Medienlandschaft bringt auch neue Phänomene, wie Hate Speech, digital doxing oder cyberstalking mit sich.

In diesen Fällen braucht es nicht nur Meldeplattformen und Strafverfolgung, es braucht auch Aufklärung und Hilfe für Betroffene.

Die Medienprojektzentren in Hessen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Sie sind als Offene Kanäle sowohl Bürgermedienplattformen und Bestandteil der kommunalen Meinungsvielfalt sowie als Medienprojektzentren zugleich Orte der Vermittlung von Medienkompetenz und Medienbildung in Theorie und Praxis.

Sie leisten wichtige Beiträge zur Demokratisierung, zur Weiterqualifizierung, zur Persönlichkeitsentwicklung und zum interkulturellen Austausch.

DIE LINKE im Hessischen Landtag setzt sich ein für

- den Ausbau der medienpädagogischen außerschulischen Angebote,
- den Erhalt und Stärkung der Medienprojektzentren in Hessen,
- der Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz



4. Digitalisierung und Umweltschutz

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche schlägt sich auch im Energieverbrauch nieder. Genauso wie Strom aber nicht einfach so aus der Steckdose fließt, sondern irgendwo und irgendwie produziert werden muss, braucht das Speichern und Verarbeiten, das Transportieren und Konsumieren der Daten Energie – und setzt CO₂ frei. Bis 2025 soll der Stromverbrauch allein im Rhein-Main-Gebiet auf vier Milliarden Kilowattstunden pro Jahr steigen – viermal so viel wie im Jahr 2017.

Hinzu kommt, dass der Bau von Rechenzentren mit einer gigantischen Flächenversiegelung verbunden ist. In Frankfurt nahmen die Rechenzentren 2019 rund 600.000 m² Fläche ein. Die hochsolventen Betreiber zahlen hierbei Summen, die andere Bauwillige in Zeiten stetig steigender Grundstückspreise nicht aufbringen können. Es kommt vermehrt zu einer Konkurrenz um die besten Flächen zu Lasten des Wohnungsbaus.

Daher braucht es ein Planungsrecht, dass es nicht zulässt, dass Rechenzentren als „Nicht störende Gewerbebetriebe“ quasi überall gebaut werden dürfen.

DIE LINKE im Hessischen Landtag fordert einen Planungsrahmen, der Rechenzentren zu einem weniger umweltschädlichen Betrieb verpflichtet. Hierzu gehört u.a.:

- Betrieb der Rechenzentren ausschließlich mit erneuerbarer Energie
- Reduzierung des Flächenverbrauchs durch kompakte Bauweise
- Verpflichtende Nutzung der Abwärme in Fernwärmenetzen

5. Digitalisierung und Arbeit

Der Wandel der Arbeitswelt durch den technischen Fortschritt ist nicht neu. Das Bestreben von Unternehmen, die Produktion durch Automatisierung effizienter und damit gewinnträchtiger zu machen, ist so alt wie die Industrialisierung selbst. In Kombination mit der globalisierten Arbeitsteilung bildet die Technisierung das Kernstück des Kapitalismus.

Eine Vielzahl von Maschinen erleichtert uns den Alltag und schafft wertvolle Zeit für angenehmere Dinge. Daher liegt für manche der Gedanke nahe, dass uns Maschinen endgültig von der Erwerbsarbeit befreien – sei es als Schreckensszenario oder als Wunschvorstellung.

Fakt ist: Ein Ende der Erwerbsarbeit ist nicht in Sicht. Das Arbeitsvolumen ist heute auf dem gleichen Niveau wie noch vor 30 Jahren. Aber: Am Arbeitsmarkt kommt es zu gravierenden Verschiebungen. Die Digitalisierung bringt neue Geschäftsmodelle mit sich. Plattformarbeit wie bei MyHammer, Lieferando, helping und das Crowdfunding bewegt sich in rechtlichen Grauzonen und wird ohne Regulierung zum Einfallstor neuer prekärer Arbeitsformen und sozialer Entsicherung.

Viele Beschäftigte leiden unter Arbeitsverdichtung und zunehmendem Stress im Berufsalltag. Homeoffice und mobile Arbeit führen zur Entgrenzung zwischen Arbeit und Privatleben. Die konstante Überwachung und Erfassung von Arbeitsschritten ermöglichen eine lückenlose Verhaltenskontrolle und Leistungsbewertung von Beschäftigten, was eine neue Form der Disziplinierung zur Folge haben kann.

Anspruch linker Politik ist es, Digitalisierungs- und Arbeitszeitgewinne gerecht zu verteilen. Risiken müssen durch klare gesetzliche Leitplanken eingedämmt werden. So können Gute Arbeit, Mitbestimmung und soziale Sicherheit auch in Zeiten der Digitalisierung gewährleistet und gestärkt werden.

Die Hessische Landtagsfraktion fordert:

- Volle Mitbestimmung der Personalräte bei der Einführung neuer IT-Techniken oder Arbeitsformen,
- Stärkung des staatlichen Arbeitsschutzes bei der Überprüfung von Gefährdungsbeurteilungen,
- Verbot der Auslagerung von öffentlichen Dienstleistungen in Crowd- und Clickworkingprojekte; Sicherstellung der Sozialversicherungspflicht auch im digitalen Raum







**WIR WISSEN,
WER DU BIST**

6. Gesundheit

Digitale Gesundheitsanwendungen sind inzwischen fester Bestandteil des Gesundheits- und Pflegesystems. Die bekanntesten sind Gesundheit-Apps. Bislang gibt es aber keine hinreichenden gesetzlichen Vorgaben oder Datenschutzstandards für die Entwicklung und Herstellung solcher Anwendungen. Wer hat Zugriff auf meinen Fitnessstracker und wem gehören eigentlich diese Daten?

Gleichzeitig kann die Digitalisierung die Qualität der medizinischen Versorgung verbessern: Hausnotrufsysteme können hilflose Personen erkennen und melden, die KI kann Tumore in bildgebenden Diagnostikverfahren frühzeitig erkennen, der fachärztliche Austausch wird einfacher.

Es gibt aber ebenso das Risiko des Verlusts sensibler Gesundheitsdaten und die Gefahr einer verschärften Arbeitsverdichtung und -kontrolle. Digitale Anwendungen können auch zur bloßen Kostenreduzierung und Kürzung von Leistungen missbraucht werden.

Es gibt deutliche Widersprüche zwischen den Interessen der Patientinnen und Patienten an einer qualitativ hochwertigen und bedarfsorientierten Versorgung gegenüber den gesetzlichen Kranken-

kassen, die ein Interesse an Kosteneinsparung haben. Insbesondere aber gegenüber der Gesundheits- und IT-Wirtschaft, der es vor allem um Profit im neugeschaffenen Markt digitaler Anwendungen geht.

DIE LINKE im Hessischen Landtag setzt sich im Feld der Gesundheitsversorgung für den Datenschutz und umfassende Mitbestimmung im Sinne von Patient*innen und der Beschäftigten ein.

- Die Einführung neuer digitaler Techniken darf nicht zu Arbeitsverdichtung, Dequalifizierung und Arbeitnehmer*innenüberwachung missbraucht werden.
- Freiwerdende Ressourcen müssen zu einer Verbesserung einer menschlichen und menschenwürdigen Pflege und Betreuung eingesetzt werden.
- Bei der Einführung einer elektronischen Patientenakte und der elektronischen Gesundheitskarte müssen Gesundheitsdaten bestmöglich vor fremdem Zugriff geschützt werden,
- Datensouveränität: Die Patient*innen müssen „Herr der Daten“ bleiben, eine Nutzung oder Weitergabe durch Dritte bedarf immer der expliziten Zustimmung der Betroffenen.



7. E-Government

E-Government bedeutet die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. E-Government birgt großes Potenzial für gemeinwohlorientierte öffentliche Dienste. Es kann neue Möglichkeiten der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern befördern. E-Government kann aber auch, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen, das Gegenteil bewirken: soziale Ausgrenzung, Entdemokratisierung, Bürokratisierung und enorme Kosten.

Bis 2023 sollen alle Bürger*innenanliegen in den Hessischen Kommunen digital und medienbruchfrei erledigt werden können, schon heute ist klar, die Hessische Landesregierung ist an diesem Anspruch krachend gescheitert.

Verfügbarkeit und Zugang

DIE LINKE im Hessischen Landtag befürwortet den flächendeckenden digitalen Zugang zur Behörden, es muss aber auch weiterhin die Möglichkeit einer analogen Nutzung geben, um Menschen, die keinen Zugang zu digitalen Geräten haben, nicht auszugrenzen. Dabei ist sicher zu stellen, dass auch Menschen mit Einschränkungen die Angebote barrierefrei nutzen können.

Bürgerbüros zur Erledigung von Amtsgängen oder für Fragen dürfen in diesem Prozess nicht eingespart werden.

Der direkte Kontakt zwischen Bürger*innen mit der Kommune vor Ort muss weiterhin möglich sein.

DIE LINKE setzt sich für eine digitale Verwaltung ein, bei der Bürger*innen die Möglichkeit haben, ihre Standarddaten in Form eines Bürgerkontos nur einmal auf einer abgesicherten Plattform zu hinterlegen (Once-Only-Prinzip). Diese können dann für verschiedene Verwaltungsdienstleistungen genutzt werden und reduzieren sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch die Verwaltung den Aufwand. Transparenz darüber, welche Behörde die jeweiligen Daten abgerufen und verwendet hat, ist hierbei unerlässlich.

Öffentliche Daten müssen für alle Bürger*innen kostenfrei und niedrigschwellig genutzt werden können. Dazu fordert DIE LINKE im Hessischen Landtag, dass das Informationsfreiheitsgesetz in Hessen auch verbindlich für alle Kommunen, Anstalten öffentlichen Rechts und Eigenbetriebe gelten muss.

Arbeitsplatzabbau und Leistungsabbau verhindern

E-Government darf kein Vorwand für Personalkürzungen sein. In Behörden, Schulklassen, auf dem Bahnsteig und im Bus muss weiterhin menschliches Personal arbeiten, das bei Schwierigkeiten ansprechbar ist und helfen kann.

DIE LINKE im Hessischen Landtag befürwortet E-Government-Projekte, die nicht auf die Profiteressen der IT-Industrie, sondern die Belange der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet sind. Effizienzgewinne durch die Digitalisierung sollten jedoch nicht als Argument zum Abbau von Personal dienen, sondern zum Aufbau einer stärkeren und bürgernäheren Verwaltung genutzt werden.

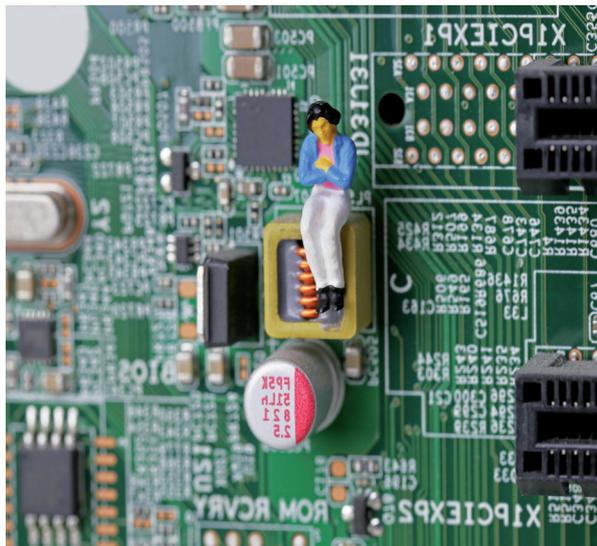
Der schleichenden Privatisierung von Verwaltungsdienstleistungen muss dringend Einhalt geboten werden. DIE LINKE ist dagegen, dass im Namen des technischen Fortschritts immer mehr öffentliche Aufgaben auf private IT-Unternehmen übertragen werden. Stattdessen werben wir für ein stärker gemeinwohlorientiertes E-Government und den Einsatz von Open-Source-Produkten in der Verwaltung. Denn die öffentliche Verwaltung ist für die Bürgerinnen und Bürger da, nicht für die Profite der IT-Wirtschaft.

Mitbestimmung sichern und ausbauen

Die Einführung von E-Government verändert auch die Arbeitswelt für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Eine aktive und weitreichende Mitbestimmung der Personalräte erhöht die Akzeptanz, verbessert die Abläufe und stellt so einen gelingenden Übergang in ein neues System sicher. Die unter der CDU reduzierten Mitbestimmungsrechte werden diesem Anspruch nicht gerecht.

DIE LINKE im Hessischen Landtag fordert daher das Mitbestimmungsrecht im öffentlichen Dienst (HPVG) umfassend zu reformieren und die Rechte der Beschäftigten zu stärken, insbesondere durch Mitbestimmungsrechte

- bei der Auswahl und Einführung neuer Techniken,
- bei der Konzeption und Durchführung von Fortbildungen,
- bei Änderungen von Organisationsaufbau und Arbeitsformen,
- im betrieblichen Gesundheitsschutz



8. Smart-City, Smart Dorf

Digitalisierung findet auch im gebauten Raum statt. Das Paradigma der »Smart City« hat in den letzten Jahren weltweit buchstäblich Land genommen. Die Idee der »intelligenten« und der Wunsch nach der »selbst denkenden« Stadt geht mit dem Versprechen des Silicon Valley eines innovativen Entwicklungskonzepts einher. Es suggeriert, kluger Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien könne Städte effizienter, moderner und inklusiver machen und zugleich das dringlichste Problem unserer Zeit, den Klimawandel, bewältigen.

Die Sorgen um Klimapolitik und Trends der erneuerbaren Energien befördern technische Lösungsangebote für das persönliche Umfeld der Menschen: digitalisierte »Smart Homes« für Stadtbewohner*innen in Smart Cities – so die Ideen der Investor*innen und Produktentwickler*innen.

Momentan bestimmen technizistische Ansätze und ökonomische Interessen die Debatte – die soziale Frage bleibt außen vor. Zudem sind die ökologischen Kosten des Ressourceneinsatzes für den Absatzmarkt von Technikprodukten gigantisch.



Wie viel Coltan wird für die Ausstattung aller Hessischen Mietwohnungen mit Tablets zur Heizungssteuerung benötigt, auf wessen Kosten geht das? Wie wird Datensicherheit und Datenschutz gewährleistet, wenn Google und Amazon private Haushalte mit überwachungskompatiblen Geräten wie ALEXA fluten?

Eine Smart City von links einzufordern kann deshalb nur heißen: Digitalisierung städtischer Infrastrukturen, Vergesellschaftung der Infrastrukturen auf dem Land, Technologiesouveränität und Mitbestimmung. Digitaler Infrastrukturozialismus? Ja, Datensouveränität und gemeinwohlorientierte Technologiepolitik sollen die profitorientierte Datenverwertung durch Tech-Giganten stoppen. Unsere Städte sind keine Absatzmärkte für technischen Schnickschnack und Datentankstellen für Plattformkapitalist*innen. Wir streiten für kommunale Selbstverwaltung und Souveränität und wollen dafür Non-Profit-Anwendungen im analogen wie im digitalen Raum.

Digitalisierung im ländlichen Raum wird aus Dörfern und Kleinstädten keine Metropolen machen, sie kann aber die positiven Aspekte des ländlichen Raumes erhalten, und Nachteile der Daseinsvorsorge und verschiedener Aspekte der Lebensqualität, wie zum Beispiel ein schlechteres Angebot an medizinischer Versorgung oder kulturellen Angeboten, überwinden.

In Verbindung mit den Vorteilen ländlicher Gebiete, zum Beispiel häufig kurzen Wegen und erschwinglichem Grund und Boden, können dort sogar kreative Potenziale umgesetzt und Ideen realisiert werden, die in größeren Städten keine Chance hätten.

Digitalisierung von links heißt sich für innovative Konzepte als Kombination zwischen ländlichem Raum und Digitalisierung einzusetzen. Dazu gehören Bahnhofsgebäude, die zu lebendigen, multifunktionalen Zentren umgestaltet werden, die Bildungsort und offene Werkstatt für digitale Technologien sind, aber auch Kulturhaus, Repair-café und Versammlungsstätte, beispielsweise für Vereine. Kleine Kommunen müssen unterstützt werden um gemeinsam eGovernment-Dienste und Bürger-Apps zu entwickeln, um Menschen unnötige Wege aufs Amt zu ersparen und dennoch den Anspruch einer bürgerfreundlichen Verwaltung zu erfüllen oder versorgen den Ort flächendeckend mit schnellem Internet über freies WLAN. Digitalisierung von links bedeutet, sie gemeinwohlorientiert zu gestalten, also zum Beispiel um die medizinische Versorgung, den Zugang zu Bildung, zu Kultur und Einkaufsmöglichkeiten auf dem Land zu verbessern und gleichzeitig die Notwendigkeit, zur Arbeit pendeln zu müssen, zu verringern.

9. BigData und Künstliche Intelligenz

Aktuell wird die Haltung der Hessischen Landesregierung genau wie die öffentliche Meinungsbildung stark von ökonomischen Interessen bestimmt. KI ist ein Milliardenmarkt – und ihre Chancen werden entsprechend höher bewertet als berechtigte Einwände zu risikobehafteten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, das Gesundheitswesen, Medien sowie Überwachungs- und Waffensysteme.

Über allem steht die kritische Frage, wer im intransparenten und oligopolistisch strukturierten Plattformmarkt welche Daten sammelt, um KI-Systeme zu trainieren und wie die Daten von Bürgerinnen und Bürgern geschützt werden. Hinzu kommen die Risiken des Abbaus menschlicher Entscheidungsfähigkeiten und der algorithmischen Fortsetzung struktureller Diskriminierung, deren erste Auswirkungen wir schon beobachten können.

Algorithmen entscheiden in Banken und der Schufa über die Kreditwürdigkeit, Firmen experimentieren mit dem Einsatz von KI bei der Personalauswahl, Chatbots beantworten uns Fragen und Assistenzsysteme im Autos proben das autonome Fahren.

Auch wenn der Mensch in jeder KI-Debatte im Mittelpunkt stehen soll – tatsächlich dreht sich für die Landesregierung KI allein um die Wirtschaft als Wachstumsmotor und Standortargument.

DIE LINKE im Hessischen Landtag versteht KI nicht als Ersatz für den Menschen, um effizienter zu wirtschaften, sondern als weitere Technologie in einer digitalen Gesellschaft, die hilft, Daten auszuwerten, Informationen zu gewinnen, Wissen zu generieren, von Arbeit zu entlasten, Zugänge zu schaffen und Teilhabe zu erleichtern. Um das gesellschaftliche Potenzial einer gemeinwohlorientierten KI zu entfalten, braucht KI mehr Grundlagenforschung und einen klaren Rechtsrahmen, vor allem in Bezug auf Fragen der Verantwortlichkeit und Haftungsfragen sowie Datenschutz und Datensicherheit. Zu einer stabilen ethischen Basis für den sinnstiftenden Einsatz von KI gehören unter anderem Transparenz, Diskriminierungsfreiheit, Verbraucherschutz und die Einhaltung der Menschenrechte.

Daher setzen wir uns ein für eine KI, die der Mensch als Technologie nach Bedarf nutzen kann, ohne sich von ihr abhängig zu machen oder ihr ausgeliefert zu sein. Wir als Linksfraktion stehen für einen Einsatz von KI, der die Menschen darin unterstützt und bestärkt, sich in einer gemeinwohlorientierten, offenen und solidarischen Gesellschaft entfalten zu können.

Wir fordern daher

- eine Nachweispflicht, wenn Entscheidungen unter Einbeziehung von KI getroffen werden
- das Recht auf menschliche „Letztentscheidung“
- ein Nachweis der Diskriminierungsfreiheit von Algorithmen
- keine Förderung der KI-Forschung für Rüstung und Militär



10. Datenschutz

Digitalisierung braucht Regeln und Kompetenz

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist für DIE LINKE Grundwert in der Digitalpolitik. Unser Ziel ist ein freier und selbstbestimmter Umgang mit Daten. Damit vertreten wir eine klare Gegenposition zur Politik der Landesregierung, die Daten als „Öl der digitalen Ökonomie“ und damit als Verfügungsmasse für kommerzielle Zwecke begreift.

Menschen hinterlassen bei fast allem was sie tun Datenspuren. Das gilt schon lange für die Nutzung von Internet und Social Media. Einkäufe finden, gerade auch in Zeiten der Coronapandemie, auf Online-Plattformen statt, die umfassend die Daten ihrer Kundinnen und Kunden nutzen – selbst wenn sie „nur mal geguckt“ haben.

Mit der zunehmenden Vernetzung von Haushaltsgeräten, Autos, Gesundheitsdaten und anderem mehr mit Smartphones und dahinterstehenden Datensammlungen der Anbieter reichen diese Datenspuren immer weiter in den Alltag der Menschen.

Kritiker:innen sprechen von einem neuen „Überwachungskapitalismus“: Es entstehen Monopole, die umfassende Persönlichkeitsprofile anlegen und so Werbung gezielt steuern – das heißt: die Bedürfnisse der Menschen manipulieren – können.

Um gegen diese Entwicklung die Privatsphäre der Menschen wirksam schützen zu können, braucht es klare Regeln: die Möglichkeit zur Nutzung von Diensten im Internet darf nicht an eine Einwilligung in die Datenerhebung oder -weitergabe gekoppelt sein. Geräte mit der Möglichkeit, Daten ins Netz oder an Anbieter zu übertragen, müssen werksseitig die höchsten Datenschutzeinstellungen haben. Datenhoheit muss über eine umfassende Möglichkeit der „Mitnahme“ von Daten von einem sozialen Netzwerk zu einem anderen gesichert werden. Einsichtsrechte Betroffener müssen umfassend rechtlich geregelt und auch durchsetzbar sein. Ob als Kunde oder als Bürgerin: ich muss jederzeit erfahren können, wo meine Daten gespeichert sind, wie sie verarbeitet und an wen sie weitergegeben werden. Und ich muss auch sagen können, wenn ich selbst über die Weitergabe meiner Daten bestimmen will.

Die Fraktion DIE LINKE will das Recht auf informationelle Selbstbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklichen, auch für Arbeitneh-

mer*innen und für Sozialleistungsbezieher*innen (z.B. ALGII/HartzIV). Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darf nicht kommerziellen und wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Interessen unterworfen werden.

Bisherige Großprojekte wie Vorratsdatenspeicherung von Telefon- und Email-Verkehr oder elektronische Gesundheitskarte, biometrische Ausweise und Gendatenprojekte müssen „auf Eis“ gelegt werden, bis datenschutzrechtliche Probleme optimal gelöst sind. „Modernisierung des Datenschutzes“ heißt für die Fraktion DIE LINKE vor allem Datensparsamkeit und Verwendung von Daten nur zu dem Zweck, der den Verbraucher*innen bekannt gemacht wurde, dem sie zustimmen, den sie aber auch ohne Sanktionen ablehnen konnten.

Um dieses Ziel zu erreichen fordert DIE LINKE im Hessischen Landtag:

- die unabhängige Datenschutzaufsicht durch den Hessischen Datenschutzbeauftragten muss personell verstärkt werden,
- die Beratung zur Datensicherheit für Unternehmen und für die Bürger*innen sollen ausgebaut werden,
- personelle, finanzielle und rechtliche Stärkung unabhängiger Datenschutzeinrichtungen

Whistleblower brauchen gesetzlichen Schutz.

Free Julian Assange!



Impressum

Netzpolitik für Demokratie
und Chancengleichheit

DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-350 60 90

Fax: 0611-350 60 91

E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de

Web: linksfraktion-hessen.de

Kontakt:

Torsten Felstehausen, MdL

Sprecher für Digitalpolitik und Datenschutz

Tel.: 0611/350-6072

E-Mail: t.felstehausen@ltg.hessen.de

V.i.S.d.P.

Elisabeth Kula Jan Schalauske

Grafik, Satz und Layout: AfM Lichtenberg

Redaktion: Tim Dreyer, Torsten Felstehausen,
Gina Renc

Bildnachweis:

stock.adobe.com/Weissblick; Garmon;

Syda Productions; kebox; kelly marken,

Somchai, Alexander Limbach

iStockphoto.com/zusek; gremlin

Seite 27: FreeAssange.eu

Wiesbaden, November 2022

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG



[linksfraktion.hessen](https://www.facebook.com/linksfraktion.hessen)



[linkeltghessen](https://twitter.com/linkeltghessen)



[linksfraktionhessen](https://www.instagram.com/linksfraktionhessen)